



# uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 943, TEL.: 51064, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH), KARIN WOLF. MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK - AUCH NUR AUSZUGSWEISE - NUR BEI QUELLENANGABE UND NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGSAUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT).

19. Januar  
2/77

## Sieben Gruppen bewerben sich um Sitze im Studentenparlament

Der Rektor der Universität, Professor Krüger, hat in einem Aufruf alle Studenten aufgefordert, sich an den zwischen dem 31. Januar und 4. Februar stattfindenden Wahlen zum Studentenparlament sowie zum Konzil und den Fachbereichsräten zu beteiligen. Um die Mandate im Studentenparlament bewerben sich nicht weniger als sieben Gruppen.

In seinem Wahlauftrag betonte Krüger, daß die Universität Oldenburg, die sich-symbolhaft verdeutlicht durch die Namensgebung nach Carl von Ossietzky-der Demokratisierung des Hochschulwesens verpflichtet fühle, besonderen Wert darauf lege, daß gerade die von der Ausbildung betroffenen Personengruppen ihre Mitwirkungsrechte in Forschung, Lehre und Studium wahrnehmen. Die Verantwortung zur Mitwirkung in der verfaßten Studentenschaft und den Selbstverwaltungsgremien, so Krüger, sei hochschulpolitisch gerade in der heutigen Zeit von größter Bedeutung, denn mit den Problemen der Verabschiedung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, den neuen BaFÖG-Regelungen, der Einschränkung der Studienreformmöglichkeit durch die Regelstudienzeit, würden vor allen Dingen die Studierenden mit neuen Situationen konfrontiert. Krüger wörtlich: "Nur durch ein aktives Engagement der Studenten zusammen mit anderen Statusgruppen der Hochschule werden sich allzu negative Folgen dieser neuen gesetzlichen und administrativen Regelungen verhindern lassen. Deshalb rufe ich alle Studierenden in ihrem eigenen Interesse wie im allgemeinen Interesse der Universität auf, sich an den Wahlen zu beteiligen".

Das Interesse der studentischen Gruppen an den Wahlen ist zumindest so hoch wie nie zuvor. Nicht weniger als sieben Organisationen und ein Einzelkandidat, der Kreisvorsitzende der neofaschistischen Organisation NPD, Ronald Drechsler, bewerben sich um die Mandate im Studentenparlament. Neben dem SHB/Juso, dem MSB Spartakus, dem Liberalen Hochschulverband und der Demokratischen Liste, die vornehmlich vom KSB getragen wird, haben sich auch die Basisgruppe Projektinitiative, die maßgeblich an der Fahrraddemonstration im Sommersemester des letzten Jahres beteiligt war, die neugegründete Juso-Hochschulgruppe und der RCDS zu einer Kandidatur um die insgesamt 50 Sitze im Studentenparlament entschlossen. Nicht mehr mit von der Partie ist die UHG, die im vergangenen Jahr drei Kandidaten ins Parlament schickte.

Die Wahlen zum Stupa finden parallel zu den Konzils- und Fachbereichsratswahlen statt. Dies wurde von den Studenten so beschlossen, um eine höhere Wahlbeteiligung auch bei den Gremien zu erreichen. Die für Konzils- und Fachbereichsratswahlen eingereichten Listen können an den Anschlagbrettern bzw. im Wahl-Info 2/77 eingesehen werden.

## Anmeldungen zur Praxisphase

Das Zentrum für pädagogische Berufspraxis (ZpB) bittet alle Studenten, die sich im 6. oder 7. Semester für das Lehramt der Sekundarstufe I und Primarstufe befinden und die zum 1. August 1977 bzw. zum 1. Februar 1978 die halbjährige Praxisphase beginnen wollen, sich im ZpB ein Anmeldeformular abzuholen, das ausgefüllt wieder an das ZpB zurückgeht. Es werden unterschiedliche Anmeldeformulare für das 6. und 7. Semester ausgegeben. Anmeldeschluß ist am 8. Februar. Dieser Termin ist von den Studenten im 7. Semester unbedingt wahrzunehmen, da jetzt schon Praxisplätze für den 1. August bei der Schulverwaltung angefordert werden müssen.

## Ausschuß »Publikationen«

Der Senat hat auf seiner Sitzung einen Arbeitsausschuß "Publikationen der Universität" eingesetzt, der alles sich anbietenden Möglichkeiten überprüfen soll, wie Arbeiten aus Studium, Lehre und Forschung der Hochschule in verschiedenen Reihen koordiniert veröffentlicht werden können. An der Arbeit des Ausschusses sollen sich Vertreter der Fachbereiche, der Pressestelle, des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB) und der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung (KWW) und der Bibliothek beteiligen.

## Uni beantragt Mitgliedschaft in der Liga für Menschenrechte

Auf seiner letzten Sitzung hat sich der Senat einstimmig dafür ausgesprochen, daß die Universität die Aufnahme in die Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin, als kooperatives Mitglied beantragt. Die Liga für Menschenrechte ist ein 1898 in Paris gegründeter Verband

zur Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte. Die Internationale Liga für Menschenrechte, Sektion Berlin, hat ihre Arbeit unter das Leitbild Carl von Ossietzkys gestellt, seit 1922 besteht der internationale Zusammenschluß der in den verschiedenen Staaten bestehenden pazi-

fistischen und humanistischen Ligen. Sie gibt eine Publikation mit dem Titel "Die Menschenrechte im Geiste Carl von Ossietzkys" heraus und verleiht jährlich die "Carl-von-Ossietzky-Medaille". Die letztjährige Medaille erhielt die irische Friedenskämpferin Betty Williams. gp



## Zu geringe Betreuung

Nicht unbedingt ermutigend sind die Ergebnisse einer Umfrage des Zentrums für pädagogische Berufspraxis (ZpB), das bei den Kontaktlehrern Informationen über die Aktivitäten von Hochschullehrern während der Praxisphase der Studenten eingeholt hat. Danach haben lediglich 30 Prozent der befragten Kontaktlehrer die Praxisphase zusammen mit einem Hochschullehrer während des Semesters vorbereiten können. 70 Prozent der Kontaktlehrer waren auf sich allein gestellt.

Auch die Betreuung der Studenten durch Hochschullehrer während der Praxisphase ist nach Worten eines Mitarbeiters des ZpB "eher deprimierend". 30 Prozent der Kontaktlehrer gaben nämlich an, daß sich kein Lehrender in der Praxisphase habe blicken lassen. Lediglich ein- oder zweimal erschien ein Hochschullehrer bei weiteren 30 Prozent der Kontaktlehrer. 40 Prozent wurden bei der Betreuung der Studenten mindestens einmal in der Woche durch Hochschullehrer unterstützt.

## Lästerliche Bemerkungen

Wer Kritik gegenüber Vorgesetzten äußern will, sollte sich versehen, da er sonst allzu leicht Gefahr läuft, die durch das "Dienst- und Treueverhältnis im öffentlichen Dienst gesetzten Grenzen zu überschreiten. Die Grenzen hat kürzlich der nordrhein-westfälische Wissenschaftsminister in einem Schreiben an die Gesamthochschule Essen aufgrund lästerlicher Bemerkungen von Assistenten über ihre "Vorgesetzten" gezogen. Zwecks vorsorglicher Einübung für Angestellte und Beamte dieser Hochschule wird das Schreiben auszugsweise veröffentlicht:

"Jeder hat unbestritten das Recht, Maßnahmen der Hochschuleleitung wie überhaupt jede amtliche Anordnung zu kritisieren, wenn er anderer Meinung ist. Allerdings muß von den Mitgliedern der Hochschule, die als Beamte in einem besonderen Dienst- und Treueverhältnis zum Staat als dem Träger der Hochschule stehen, erwartet werden, daß sie ihre Kritik an solchen Maßnahmen in einer Form äußern, die der sich aus diesem Verhältnis ergebenden besonderen Verpflichtung zur gegenseitigen Achtung, Loyalität und zur Zurückhaltung entspricht.

Schon die äußere Form der Kritik, nämlich ihre unangemessen spektakuläre Publizierung als Flugblatt bzw. als Presseerklärung, läßt die gebotene Zurückhaltung vermissen. Aber auch die gewählten Formulierungen sind in hohem Maße unpassend. Mit Wendungen wie "Einschränkung der Meinungsfreiheit innerhalb der Hochschule" oder "Angriff auf elementare politische Freiheiten, die jedem Hochschulangehörigen zustehen", wird, wie sich auch aus dem übrigen Zusammenhang ergibt, der Hochschuleleitung bzw. dem Rektor eine bewußte und gewollte Einschränkung grundgesetzlich verbürgter Freiheiten unterstellt. Die getroffenen Maßnahmen werden - in polemischer Weise - insgesamt so bewertet, als seien sie von einer übelwollenden feindlichen Absicht getragen ('... Versuch, das bisher in der Hochschulreform Erreichte zu demontieren', '... Angriff auf elementare politische Freiheiten'). Damit überschreitet die Kritik in der Art ihrer Äußerung eindeutig die sich nach Form und Diktion für Beamte und Angestellte aus ihrem Dienst- und Treueverhältnis ergebenden Grenzen. Das gilt um so mehr, als sich die Äußerungen auch gegen den Rektor, also gegen den Dienstvorgesetzten der Assistenten und sonstigen Angehörigen des akademischen Mittelbaus, richten.

## GKL präzisiert Beschlüsse zur Praxisphase

Die Gemeinsame Kommission für Lehrerausbildung (GKL) hat sich aufgrund einer Anfrage erneut mit dem Problem befaßt, welche Anforderungen an Studenten während ihrer Unterrichtsvorhaben im 2. Studienabschnitt gestellt werden können, und dazu erneut einen Beschluß gefaßt. Gleichzeitig betonte jedoch die Kommission, daß auftretende Differenzen über Umfang und Form der Vorbereitung und Auswertung und über die Beteiligung der Studenten an der Unterrichtsarbeit in den Projektseminaren selbst beigelegt werden sollten, zumal die Bedingungen für die Vergabe der Teilnahmebescheinigung in denen von der GKL beschlossenen Rahmendaten für berufspraktische Vorhaben bereits formuliert sind (siehe Studium Lehre Forschung 4/76). In dem jetzt gefaßten Beschluß, der vom Senat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, heißt es wörtlich:

- Die Projekte sind gehalten, rechtzeitig klare Vereinbarungen zwischen Lehrenden, Kontaktlehrern und Studenten über die Zahl der durchzuführenden Unterrichts- und Hospitationsstunden (Alternative: über die während der Durchführung der berufspraktischen Ausbildungsphase zu erbringenden Leistungen) zu treffen.

- Die in der Regelung genannten quantitativen Angaben über Unterrichts- und Hospitationsverpflichtung können auch geringfügig (um einige Tage bzw. Stunden) unterschritten werden, ohne daß die Anerkennung der Teilnahme zu versagen wäre, wenn zwingende Gründe dafür vorliegen.

- Können Studenten aus zwingenden Gründen (insbesondere wegen Krankheit o.ä.) an einem Unterrichtsvorhaben nicht oder nicht im erforderlichen Umfang teilnehmen, so sind die Projektveranstalter gehalten, ihnen unverzüglich eine ergänzende Durchführung von Unterrichtspraxis (ggf. auch semesterbegleitend) zu ermöglichen.

- Zur Teilnahme an den Unterrichtsvorhaben gehört auch die Teilnahme an der Vorbereitung und Auswertung unter Betreuung durch Lehrende und Kontaktlehrer im Rahmen des jeweiligen Projekts; eine quantitative Festlegung des Arbeitsaufwands hierfür, insbesondere der Nachweis einer regelmäßigen Teilnahme an einer bestimmten Lehrveranstaltung des Projekts ist hierfür nicht vorgesehen.

- Bei dem Teilnahmenachweis darf insbesondere nicht die erfolgreiche Teilnahme, etwa nach einem von Veranstaltern vorgeschriebenen Konzept zugrunde gelegt werden (abgesehen von der in Pkt. 1.7 geregelten Verantwortung des jeweils zuständigen Lehrers für die Unterrichtsdurchführung).

- Über die Ausgabe von Teilnahmebescheinigungen entscheiden die im Rahmen eines Projekts jeweils zuständigen Lehrenden und Kontaktlehrer.

## Kooperation mit DGB verhindert

Verhindert hat der Kultusminister von Baden-Württemberg, Professor Hahn, die Unterzeichnung eines Kooperationsvertrages mit der Universität Konstanz und dem Deutschen Gewerkeverbund. Nach einer Pressemeldung hat Hahn diese Maßnahme mit verfassungsrechtlichen Bedenken begründet. Eine Universität, so der Kultusminister, könne sich als staatliche Bildungseinrichtung nicht nur auf eine gesellschaftliche Gruppierung festlegen.

Auf gleicher Ebene hatte auch der Bund Freiheit der Wissenschaft gegen die abgeschlossenen Kooperationsverträge anderer Hochschulen mit dem DGB argumentiert.

## Diplomprüfungsordnung

# Senat verschob Entscheidung

Noch nicht entschieden ist, wie sich der Senat zur Aufforderung des Wissenschaftsministeriums stellen wird, auch den zweiten Entwurf der Diplom-Prüfungsordnung zu ändern. Die Einwände des MWK gegen den zweiten Entwurf betreffen vor allem die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse (Mitwirkung von Studenten und die prüfungsabschichtenden Leistungsnachweise).

Die Diskussion im Senat drehte sich vor allem um die grundsätzliche Haltung, die die Universität gegenüber dem Ministerium einnehmen sollte. Es kristallisierten sich insgesamt vier alternative Möglichkeiten heraus, die im einzelnen von der Arbeitsgruppe des Senats geprüft werden sollen:

- a) Beharren auf der vom Senat verabschiedeten Fassung unter Inkaufnahme eines Oktrois durch das MWK;
- b) für den Fall eines Oktrois, bzw. im Vorgriff darauf; Sichtung der im Land Niedersachsen gültigen Diplom-Prüfungsordnungen und Übernahme einer für Oldenburg akzeptablen Prüfungsordnung;
- c) Verzicht auf eine Regelung der Leistungsnachweise im allgemeinen Teil der Prüfungsordnung; das Problem soll dann in den fachspezifischen Anhängen geklärt werden;
- d) Erneutes Eingehen auf die Wünsche des MWK bezüglich der Leistungsnachweise und Prüfung der Frage, was dann noch an der Substanz der Universitätsfassung vorhanden ist.

Vor allem die Alternative d) stieß auf große Vorbehalte, da bei allzu großen Zugeständnissen in der Frage der Leistungsnachweise eine sehr starke Verschulung des Studiums.

Demgegenüber müsse ernsthaft erwogen werden, ob nicht die traditionelle Form mit punktuellen Prüfungen (Vordi-

plom) den Studenten einen größeren Spielraum lasse (Alternative b). Die Arbeitsgruppe wurde beauftragt, nach Prüfung der verschiedenen Möglichkeiten dem Senat auf seiner nächsten Sitzung eine Stellungnahme zur Beschlußfassung vorzulegen. j b

## Prozeß

Am 25. Januar findet ab 8.30 Uhr im Amtsgericht Oldenburg vor dem Schöffengericht eine Hauptverhandlung gegen zwei Studenten der Universität wegen "Sachbeschädigung" und "Versammlungssprengung" statt. Vor gut eineinhalb Jahren hatten sich die beiden Studenten an einer Protestaktion gegen eine "Einführungsveranstaltung" des NHB beteiligt, bei der es zu einer Schlägerei gekommen war. Die Versammlung war daraufhin von Kanzler Jürgen Lüthje aufgelöst worden.

## Neue Studiengänge

Die Fachbereichsräte werden demnächst darüber beraten, welche Vorschläge die Universität dem Ministerium für die Einführung neuer Studiengänge machen wird. Die Empfehlungen des Fachbereichs sollen dann zunächst im Programm-ausschuß behandelt werden.

## WiHi-Ausschreibungen

Der Senat wird auf seiner Sitzung am 2.2.1977 die Tutoren- und wissenschaftlichen Hilfskraftstellen an die Fachbereiche und die Abteilungen verteilen. Von daher wird die Ausschreibung der Tutoren- und WiHi-stellen voraussichtlich erst in den Semesterferien erfolgen können. Studenten, die sich auf diese Stellen bewerben möchten, sind aufgerufen, auf die Aushänge zu achten. Der Fachbereich I hat bereits die Veranstaltungen ausgewählt, für die Tutorenstellen eingerichtet werden sollen, sofern die dafür erforderlichen Mittel bereitgestellt werden:

- Leistungsprinzip und schulische Sozialisation
- Einführung in die Theorie und Pra-

- xis wissenschaftlicher Beobachtung
- Die Eingangsstufe des Primarbereichs
- Sportliches Bewegen und Handeln in der Schule im Hinblick auf eine gesundheitsorientierte Freizeitgestaltung
- Schule und Eltern
- Mikroökonomische Grundlagen der Schule (Die Schule als Betrieb)
- Struktur und Qualifikation von Personal im WB-Bereich
- Bildungswesen und Pädagogik im gesellschaftlichen Prozeß
- Vorschulerziehung und Gemeinwesen

Bewerbungen werden bereits in der Geschäftsstelle des FB I entgegen genommen. gp

## Zur Situation von Lehrern und Studenten

In der vom Zentrum für pädagogische Berufspraxis herausgegebenen Reihe "Materialien - Berichte aus den Projekten" ist jetzt ein weiteres Heft "Zur Situation von Schülern und Studenten" erschienen. Es behandelt den 240 Seiten umfassenden Bericht einer Arbeitsgruppe des Projekts "Kulturelle Öffentlichkeit", in dem ausführlich die Projektarbeit dokumentiert und die Erkundungserfahrungen in verschiedenen Praxisfeldern beschrieben werden. Der Bericht bietet auch für andere Erkundungsgruppen umsetzbare Vorgehensweisen und Untersuchungsansätze und kann bei der Planung von Erkundungen für die bevorstehende Praxisphase exemplarische Hinweise geben. Darüber hinaus sollen Diskussionen über Projektstudium und Erkundungskonzeptionen in der Universität angeregt werden. Der Bericht kann gegen eine Schutzgebühr von 3,- DM in der Universität an den Büchertischen erworben werden. Als nächster Bericht wird Ende Februar eine Darstellung des Projekts "Elternhaus und Schule" (P 3) erscheinen.

## ZEMA-Ausschuß

Keine leichte Aufgabe wird der Ausschuß für die "Zentrale Einrichtung medientechnischer Anlagen (ZEMA) haben, den der Senat auf seiner nächsten Sitzung einsetzen will. Das neu geschaffene Gremium, das sich ebenso wie der ZETWA-Ausschuß zusammensetzt, soll zunächst vornehmlich die zahlreichen Probleme im Hochschulinternen Fernsehen (HIFO) lösen helfen. Wie bereits berichtet ist es zwischen einem Teil der Benutzer des HIFO, die inzwischen die Funktionsfähigkeit dieser Einrichtung infrage stellen, und HIFO-Mitarbeitern, die sich von den Universitätsgremien vernachlässigt fühlen, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Nicht zuletzt Schuld daran ist das Wissenschaftsministerium, das sich bisher konstant weigert, eine Leiterstelle für die ZEMA zu schaffen. Bis vor gut einem Jahr hatte Herbert Hasler, Dozent im FB I, das HIFO kommissarisch geleitet.

## Raumplanertreffen

Am 2. Februar werden in Hamburg die Oldenburger Professoren Klaus Brake, Walter Siebel und Jürgen Strassel vor der Vereinigung der Stadt-, Regional- und Landesplaner e.V. den Studiengang Raumplanung an der Universität Oldenburg vorstellen und damit eine Diskussion fortsetzen, die bei einem Treffen der Vereinigung in Oldenburg begonnen worden ist.



## »Die Hölle im Moor - Schule des Widerstandes«

Einen Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Konzentrationslager im Emsland zu leisten und einer breiten Öffentlichkeit bekanntzumachen, ist das Ziel einer Veranstaltungsreihe "Die Hölle im Moor - Schule des Widerstandes", die gemeinsam vom Komitee der Moorsoldaten, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Oldenburg, dem Bund demokratischer Wissenschaftler und dem Asta der Universität Oldenburg getragen wird. Die Veranstaltungsreihe wird sich über einen Zeitraum von drei Wochen erstrecken (20. Januar bis 8. Februar 1977).

Die Veranstaltungsreihe wird am Donnerstag, den 20.1.77 um 20 Uhr in der Buchhandlung Tabula (Herbartgang) mit einer Ausstellung eröffnet, in der erstmalig Bilder und Graphiken von Künstlern zusammengefaßt sind, die in Konzentrationslagern des Emslandes inhaftiert waren und dort ihre Erlebnisse und Gefühle bildnerisch darstellten. Am 3. Februar wird um 20 Uhr in der Aula der Cäcilienkirche zum Thema "Veranstaltung zur Geschichte der Emsland-KZ's" u.a. der Vizepräsident der Internationalen Förderung der Widerstandskämpfer, der katholische Geistliche Dr. J. Rossaint sprechen. Zudem wird den Besuchern ein umfangreiches Kulturprogramm u.a. mit der Gesangsgruppe ehemaliger Moorsoldaten und der Uraufführung des Films "Die Entste-

hung des Moorsoldatenliedes" geboten.

Während eines Wochenendseminars, das in der Universität am 5. Februar stattfindet, haben die Teilnehmer Gelegenheit, mit ehemaligen Häftlingen des KZ's zu diskutieren.

Die Schatten der Vergangenheit seien weiterhin lebendig. Gesellschaftspolitische Kräfte, die dazu beigetragen hätten, die Weimarer Republik dem Faschismus auszuliefern, seien immer noch in Politik, Wirtschaft und Bundeswehr wirksam. Zahlreiche Einschränkungen des Grundgesetzes durch Notstandsgesetze, Berufsverbote, Bespitzelung von Bürgern unseres Staates seien Praktiken, mit denen auch die Republik von Weimar ausgehöhlt worden sei.

Auf einer Gedenkfeier am 6. Februar wollen die Moorsoldaten u.a. dafür demonstrieren, daß auf den Standorten ehemaliger Konzentrationslager Gedenkstätten errichtet werden, die die Geschichte und politische Bedeutung der Emslandlager wirklich vermitteln. In einer Stellungnahme erklärten die Träger der Veranstaltungsreihe, daß es ihnen nicht nur darum gehe, eine Lücke in der historischen Darstellung jener Zeit zu schließen, sondern daß es vielmehr notwendig sei, das Bewußtsein für die Vergangenheit wachzuhalten, um auf die Gefahren, die der Gegenwart drohen, aufmerksam zu machen.

## Personalien/ Personalnotizen

Eingestellt wurden:

KAMILLA DINEW als Verwaltungsangestellte in der Abteilung 2.

INGEBORG GEORG als Halbtagskraft in der Kontaktstelle für wissenschaftliche Weiterbildung.

\*

OTTO PLOCHER, Regierungsoberinspektor in der Haushalts- und Grundstücksabteilung der Universität, ist an die Fachhochschule Wilhelmshaven versetzt worden.

KLAUS PETER WALCHER, Psychologe im Fachbereich I, hat im September 1976 auf dem 30. Kongreß der deutschen Gesellschaft für Psychologie in Regensburg einen Vortrag zum Thema "Regelung im unterschiedlichen Problemraum" gehalten.

HEINZ-DIETER LOEBER, bisher wissenschaftlicher Assistent im Fach Soziologie, ist als wissenschaftlicher Angestellter zum Forschungsprojekt "Qualifizierung nebenberuflicher Lehrkräfte in der Erwachsenenbildung" übergewechselt.

JÜRGEN KOCH, ist als wissenschaftlicher Angestellter beim Modellversuch Freizeitsport eingestellt worden.

DR. GERHARD WACHSMANN, Präsident der Industrie- und Handelskammer und Direktor der Bremer Landesbank Oldenburg, wurde zum Vorsitzenden der Universitätsgesellschaft gewählt.

## Veranstaltungen und Termine

DONNERSTAG, 20.1.77, bis Dienstag, 8.2.77, Tabula Buchhandlung, Herbartgang. Grafikausstellung der Moorkünstler.

MONTAG, 24.1.77, 8-13 Uhr, AVZ 4451 Anhörung "Biologie mit dem Schwerpunkt Zoophysiologie". Dr. Heinz Breer (Göttingen), Dr. S. G. Haider (Bochum), Dr. Hans Jörg Ferenz (Darmstadt), Dr. Gerd Gäde (Utrecht)

MONTAG, 24.1.77, 16-18 Uhr, Hörsaal F. Gastvortrag von Dr. Karola Brede (Sigmund Freud Institut, Frankfurt) zum Thema "Jedem nach seinen Bedürfnissen?". Die Referentin diskutiert Bedürfnis und Bedürfnisforschung aus der Sicht der Marx'schen Theorie und der Psychoanalyse.

DIENSTAG, 25.1.77, 20.15 Uhr, VG 201. Gastvortrag von Dietrich Wetzell (Frankfurt) mit dem Thema "Marxismus: Lehrstoff oder Methode? - Bedingungen kritischen Lernens an der Universität".

MONTAG, 31.1.77, 8-13 Uhr, AVZ 4451 Anhörung "Biologie mit dem Schwerpunkt Zoologie". Friedrich Walz

(Kiel), Bernhard Stazner (Kiel), Dr. Karl Klöckner (Helgoland)

DONNERSTAG, 3.2.77, 20 Uhr, Cäcilienkirche, Haarenufer. Veranstaltung zur Geschichte der Emsland-KZ's

DONNERSTAG, 3.2.77, 20 Uhr, Oldenburger Kunstverein, Elisabethstr. 1a. Podiumsdiskussion zum Thema "Philosophische oder soziologische Theorie der Kunst" mit Professor Heinrich Lützel (Bonn), Professor Thomas Metscher (Bremen) und Professor Karl-Heinz Volkmann-Schluck (Köln).

SONNABEND, 5.2.77, 9-12.45 Uhr, AVZ 4451. Anhörung "Biologie mit dem Schwerpunkt Zoologie". Gerd Schriever (Helgoland), Dr. A. Faubel (Hamburg), Dr. Steven F. Perry (Gießen)

SONNABEND, 5.2.77, 14-20 Uhr, Haupteingang der Universität. Wochenendseminar zum Thema "Hölle im Moor; Schule des antifaschistischen Widerstandes".

## Berufsberatung

Vertreter der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung, die für die regionale und überregionale Stellenvermittlung zuständig sind, werden in der kommenden Woche für angehende Diplom-Biologen, Diplom-Chemiker und Diplom-Pädagogen Beratungs- und Informationsveranstaltungen anbieten, auf denen sich die Teilnehmer auch individuell beraten lassen können. Die Termine:

FÜR DIPLOM-PÄDAGOGEN UND PSYCHOLOGEN Dienstag, 25. Jan. 77, in der Aula (15.30-17.30 Uhr) Zentrale Informationsveranstaltung; anschließend Gruppen- und Einzelberatung in Raum B 108; Mittwoch, 26. Jan. 77, VG 001 (13.30-15.00 Uhr) Fortsetzung der Gruppen- und Einzelberatung.

FÜR DIPLOM-CHEMIKER Mittwoch, 26. Jan. 77, VG 106 (10-12 Uhr)

FÜR DIPLOM-BIOLOGEN Mittwoch, 26. Jan. 77, VG 001 (15.30-17.00 Uhr).

## 248

Der Arbeitskreis Universitäre Erwachsenenbildung (AUE) ist künftig unter dem Hausapparat 248 zu erreichen.